

Auswertung des Wahlprogramms der Partei Die Linke zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06.09.26

„Wir sind der Pol der Hoffnung.“

1. Bildungspolitische Vorhaben

• **Aussagen zu Schulen in freier Trägerschaft:**

*„In Sachsen-Anhalt ist inzwischen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Schulen geschlossen worden. Gleichzeitig füllen immer mehr Privatschulen Lücken im staatlichen Schulnetz. ... Wir setzen uns ebenso für faire Entwicklungsbedingungen **der bestehenden Schulen in freier Trägerschaft** ein.“*

• **Sonstige Aussagen zur Bildungspolitik:**

- Bildungsgerechtigkeit braucht verlässliche öffentliche Investitionen
- Die Linke steht für eine Abkehr von der „Rotstiftpolitik bei den Kleinen“
- Kinder und Jugendliche sollen durch **multiprofessionelle Teams** ganzheitlich und individuell betreut werden; in diesen Teams sollen Erzieher, Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter, Sozialarbeiter, Psychologen, Förderschullehrkräfte und Fachkräfte für die Sprachförderung zusammenarbeiten → auch schon in Kitas → beteiligte Fachkräfte sollen kontinuierlich fortgebildet werden
- Sozialarbeit soll an Kitas und Schulen dauerhaft verankert und gestärkt werden → Finanzierung nicht mehr über verschiedene ESF-Programme, sondern dauerhafte Finanzierung über ein Landesprogramm
- Einsatz von Schulsozialarbeitern soll ab dem Schuljahr 2028/29 mit einem Personalschlüssel von 1:150 festgeschrieben werden (es sollen rund 1.200 Vollzeitstellen zur Verfügung gestellt werden) → in Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe, dabei auch enge Kooperation zwischen Kitas und Schulen mit gemeinsamen Standards und Übergabeprozessen
- digitale Achtsamkeit und Kinderschutz soll einen hohen Stellenwert haben; es soll ein kompetenter Umgang mit Datenschutz und mit Persönlichkeitsrechten sowie ein gesundheitsbewusster Umgang gefördert werden
- die Nutzung von frei zugänglichen OER-Bildungsmaterialien soll gezielt unterstützt werden

- **allen Kindern – sowohl in der Kita als auch in der Schule – soll ein leistungsfähiges Internet wie auch digitale Geräte zur eigenständigen Nutzung zugänglich gemacht werden;** dabei sollen aber digitale Kompetenzen und Medienkompetenz vermittelt werden; Künstliche Intelligenz soll beim Lehren und Lernen so eingesetzt werden, dass ihre Potenziale vor allem lernförderlich und nicht als schnelle Hilfen genutzt werden
- jedes Kind in Sachsen-Anhalt muss von Klein auf die bestmögliche Förderung und bestmögliche Bildung erfahren
- Bildung in Kitas soll für alle Eltern beitragsfrei werden; die Personalschlüssel sollen in der Krippe auf 1:3 und im Kindergarten auf 1:7,5 verbessert werden; alle Kinder in Kitas und in der Tagespflege sollen eine kostenlose Mittagsversorgung erhalten
- **für die Kitas soll ein neues transparentes Finanzierungssystem eingeführt werden,** dass sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert und die Zuständigkeit für Planung und Finanzierung in eine Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten legt → bisherige Elternbeiträge + höhere Kosten durch bessere Personalschlüssel sollen dabei vollständig durch das Land finanziert werden
- dem Programm „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ soll ein größerer Stellenwert in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte eingeräumt werden
- alle Kinder und Jugendlichen – mit und ohne Behinderungen, mit unterschiedlichen Sprachen, Lernvoraussetzungen und Begabungen – sollen gemeinsam lernen unter Berücksichtigung ihrer individuellen Bedürfnisse
- die Förderung von allen Kindern soll strukturell verbessert werden (Klassengrößen, Teameinsatz, differenzierte Lernmaterialien, Einsatz von mehr qualifizierten Pädagogen)
- Fortführung des „Produktiven Lernens“ und Unterstützung von „Werkstatt-Schule“-Angeboten
- Kinder, die dem Unterricht fernbleiben, sollen nicht kriminalisiert, sondern durch mehr sozialpädagogische Begleitung, individuelle Förderpläne und alternative Lernorte unterstützt werden
- Bewertung des Verhaltens durch „Kopfnoten“ soll aufgehoben und durch individuelle Rückmeldungen ersetzt werden
- Die Linke will die Zeit des gemeinsamen Lernens ausweiten u.a. durch die Einführung einer zehnjährigen Vollzeitschulpflicht, dem Ausbau von Ganztagsangeboten, inklusiv arbeitende „Regelschulen“ sowie Gemeinschafts- und Gesamtschulen sollen besser unterstützt und ausgebaut werden + Einführung des berufspraktischen Unterrichts für alle Schulen der Sekundarstufe I

- **die Gemeinschaftsschule ist für Die Linke das Leitbild für eine Schule der Zukunft** → diese sollen neben dem Haupt- und Realschulabschluss künftig auch die Fachhochschulreife vergeben können; **Erweiterte Gemeinschaftsschulen** sollen in Kooperation mit berufsbildenden Schulen eine Fachoberstufe einrichten können
- mittelfristig soll sich auf der Basis von freiwilligen Entscheidungen ein **Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien** herausbilden
- für die Schulwahl am Ende der Grundschulzeit sollen die Eltern Beratungsangebote, aber keine Schullaufbahnpfehlungen mehr erhalten
- angestrebt wird auch die **Bildung gymnasialer Oberstufenzentren** als Kooperation mehrerer Gemeinschafts- und Gesamtschulen; die Mindestjahrgangsstärke in der gymnasialen Oberstufe soll wieder auf 50 Schüler abgesenkt werden
- Die Linke will die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern, indem
 - alle Ausbildungsgänge kostenfrei besucht werden können
 - Vermeidung finanzieller Härten bei unvermeidbaren Fahrt- und Unterbringungskosten
 - kritische Prüfung von Landes- und regionenübergreifenden Fachklassen
 - Auflegung eines Landesprogramms zur Modernisierung der technischen Ausstattung der Schulen (Werkstätten, Labore, IT-Infrastruktur)
- technische Hilfsmittel, die für Ausbildung unverzichtbar sind, sollen den Azubis kostenlos zur Verfügung gestellt werden (z.B. Laptops, branchenspezifische Software)
- Vermeidung von Unterrichtsdefiziten durch Unterrichtsausfall mit Hilfe von geeigneten Selbstlernmaterialien
- alle Azubis sollen mehrere Tage vor ihren Abschlussprüfungen freigestellt werden, um sich besser auf die Prüfungen vorbereiten zu können
- **Einstiegsqualifizierungen und assistierte Ausbildung sollen ausgebaut werden**
- Gewerkschaften sollen an Berufsschulen regelmäßig über Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung informieren dürfen
- für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primärbereich sollen die **Horte wieder im Schulgesetz verankert** werden unter Beibehaltung der bisherigen Trägervielfalt
- durch einen Ausbau der Ganztagsangebote an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen sollen auch systematische Förderungen besonders begabter Schüler ermöglicht werden

- die Mindestjahrgangsstärken für die Bildung von Anfangsklassen an öffentlichen Schulen sollen aufgehoben und durch globale Personalzuweisungen ersetzt werden, damit Schulstandorte durch schwankende Schülerzahlen nicht mehr zur Disposition gestellt werden
- für den Neu-, Aus- und Umbau von Schulgebäuden sollen verbindliche Vorgaben geschaffen werden; das Konzept des Lernraums als dritter Pädagoge soll berücksichtigt werden, um individualisiertes + selbstorganisiertes Lernen zu ermöglichen; es soll kontinuierlich in die **Schaffung von Barrierefreiheit in Schulgebäuden** investiert werden; Schulträger sollen bei der Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten durch ein **Schulbauprogramm** unterstützt werden, zudem sollen die **Kommunen** (aber offenbar nicht die freien Schulträger?) durch eine deutliche Erhöhung der Finanzzuweisungen in die Lage versetzt werden, den Bau- und Sanierungsbedarf an Schulgebäuden zu bewältigen
- die **Mitbestimmungsrechte der Schüler** sollen **erweitert** werden; Einführung einer **Drittelparität** in den Gesamtkonferenzen an weiterführenden Schulen; **(staatliche) Schulträger sollen den Schulen möglichst große Teile ihres Schulhaushalts als Budget zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen**
- Pläne der Partei Die Linke zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung u.a. durch:
 - Rücknahme aller bedarfsmindernden Maßnahmen + Festlegung schulformkonkreter Personalschlüssel für alle Personalkategorien
 - Lehramtsausbildung nur noch auf zwei Schulstufen ausrichten, die sich am Alter der Schüler ausrichten; Lehrämter für Primarstufe sowie für Sekundarstufe I + II sollen auch Ausbildungen in sonderpäd. Fachrichtungen beinhalten
 - Ausbau der dualen Lehrerausbildung
 - Einrichtung weiterer Seminare für den Vorbereitungsdienst in Dessau, der Altmark und Halberstadt + Zahlung zusätzlicher Anwärterbezüge
 - Reduzierung der Belastung für Seiteneinsteigende während der ersten 12 Unterrichtsmonate + Unterstützung eines erweiterten Fortbildungsangebots
 - für Lehrkräfte sollen Altersermäßigungen ab dem 60. Lebensjahr gewährt werden; Lehrkräfte sollen vor Zusatzbelastungen geschützt werden + Erleichterung von Teilzeitarbeit
 - **Ermöglichung der Unterrichtserteilung auch durch geeignete zertifizierte Bildungsträger → Aufbau eines regelmäßigen berufspraktischen Unterrichts in den Klassen 7 bis 9**
 - Etablierung eines Fortbildungssystems für pädagogische Mitarbeiter und Unterrichtshilfen

- Lehrkräfte von administrativen und organisatorischen Aufgaben durch den bedarfsdeckenden Einsatz von Schulverwaltungs- und Digitalassistenten befreien

2. Arbeitsförderung, Integration und Bürokratieabbau

- lebenslanges Lernen gehört zu einem selbstbestimmten Leben in einer demokratischen Gesellschaft
- ein öffentlich verantwortetes System der Erwachsenenbildung ist dafür unverzichtbar; dauerhafte Finanzierung von zentralen Akteuren der Erwachsenenbildung (z.B. Volkshochschulen) über das Erwachsenenbildungsgesetz des Landes
- ein eigenständiger Bestandteil lebenslangen Lernens ist die **Seniorenbildung** → ältere Menschen benötigen Unterstützung, um digitale Technologie sicher nutzen zu können
- Kommunen sollen dabei unterstützt werden, lokale Bildungsnetzwerke für alle Altersgruppen aufzubauen
- Einrichtungen/Träger, die mit **geistig beeinträchtigten Menschen** arbeiten, brauchen einen **Landesrahmenvertrag**, welcher die tatsächlichen Kosten und übergeordnete Aufgaben (z.B. Konzeptentwicklung, Qualitätssicherung) mit einschließt und wieder Ferienfreizeiten mit den Bewohnern ermöglicht und gleichzeitig Bürokratie- bzw. Verwaltungsaufwand minimiert
- die Linke fordert sechs Wochen Urlaub für alle Beschäftigten und **langfristig die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn**
- Ziel ist ein Vergabemindestlohn von 16,50 € pro Stunde, gekoppelt an Inflation und Tarifentwicklungen
- Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- Einführung einer **Ausbildungsumlage**, die Betriebe, die nicht selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung beteiligt - alle Azubis sollen mindestens 80 Prozent der tariflichen Ausbildungsvergütung erhalten
- Mitentscheidungsrechte der Betriebsräte bei Investitionen, Standortfragen und Digitalisierung
- Auflage eines Landesprogramms zur Unterstützung von betrieblicher Mitbestimmung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)
- Zukunftsinvestitionen in Industrie und Schlüsselbranchen sollen „demokratisch“ geplant werden: **Aufbau von regionalen Wirtschafts- und Transformationsräten für demokratische Planung**
- **schnelle Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen - dazu soll das Land in Anerkennungsstellen, digitale Verfahren, Sprachförderung und Beratung investieren**

- Vorsehen von Förderprogrammen für Betriebe, die Migranten qualifizieren, weiterbilden und langfristig übernehmen - **Sachsen-Anhalt braucht Arbeitsmigration**
- jede betriebliche (Investitions-)Förderung soll mit **Qualifizierungsprogrammen** verbunden werden
- Die Linke will eine **frühzeitige Berufsorientierung**: praxisbezogener Unterricht und verpflichtende Schülerpraktika, damit junge Menschen das Handwerk erleben und erlernen
- kostenfreie Meisterqualifikationen + **Weiterbildungen in Zukunftsbranchen** wie der Gebäudesanierung, Photovoltaik und Wärmetechnik
- verpflichtende Schülerpraktika plus praxisnahe Schulmodule auch in der **Hotellerie und Gastronomie**
- Die Linke setzt auf eine Migrations- und Zuwanderungspolitik, die Menschen und die Gemeinschaft zusammenbringt und stärkt - ohne Zuwanderung wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich kleiner
- durch Zuwanderung wird nach Ansicht der Linken ein Abmildern des demografischen Wandels, eine Stärkung des Arbeitsmarktes, eine Stabilisierung des Rentensystems und eine Stärkung des ländlichen Raums erreicht
- **Sprachkurse sollen flächendeckend - auch im ländlichen Raum - angeboten werden**; es muss klare Regelungen zur Anerkennung von Qualifikationen und der Möglichkeit des Familiennachzuges geben
- es soll ein **Integrationsbudget** aufgelegt werden, aus welchem unbürokratisch Mittel **für Kommunen** zur besseren Integration ausgereicht werden können (z.B. für Willkommensinitiativen)
- **berufsbezogene Sprachkurse sollen sich direkt an Integrations- bzw. sonstige Sprachkurse anschließen (unabhängig vom Aufenthaltsstatus und Alter der Zugewanderten) - auch in ländlichen Gebieten; digitale Lernplattformen sollen als Alternative angeboten werden, Präsenzkurse aber die Regel sein**
- alle relevanten Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen Weiterbildungen zur Erweiterung ihrer interkulturellen Kompetenz und von Sprachkenntnissen erhalten
- die integrative, frühkindliche Förderung soll bereits in der Kita beginnen; Lehrpläne sollen die Vielfalt der Kulturen auch sprachlich im Unterricht aufgreifen
- zur Fachkräftegewinnung sollen Ausbildung und Arbeit als Bestandteile der Integration gelten - bereits mit dem Start des Asylverfahrens sollen die Arbeitsagenturen zur Berufsberatung und Arbeitsvermittlung eingebunden werden

- es soll ein **Landesprogramm Arbeitsförderung** aufgelegt werden, das die Arbeitsmarktintegration begleiten und unterstützen soll → **Auflegung eines kommunalen Budgets** zur Förderung der Arbeitsaufnahme
- ebenfalls sollen **zwölfmonatige Programme für ausländische Fachkräfte** (z.B. Ärzte, Ingenieure, Handwerker) aufgelegt werden, um Angleichungen an den hier geltenden Standards zu erreichen

3. Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen

- Die Linke strebt eine Rekommunalisierung der privatisierten Krankenhäuser an und fordert eine Entökonomisierung in diesem Bereich: Krankenhäuser sollen nach Bedarf und Qualität finanziert und organisiert werden
- Gründung eines Klinikverbundes zur Stabilisierung der kommunalen Krankenhäuser und Schaffung integrierter Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft
- Einführung verpflichtender regelmäßiger Fortbildungen für Rettungs- und Notfallsanitäter sowie für Personal in Notaufnahmen zu seltenen notfallrelevanten Krankheitsbildern
- seltene Erkrankungen sollen verbindlich in Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der Notfall- und Rettungsberufe verankert werden
- **die Rahmenbedingungen der Pflegeausbildung sollen verbessert werden: Flexibilisierungen des Ausbildungsbeginns, Teilzeitausbildung und vielfältigere Praxislernorte; die Vergütung der Ausbildung und ihre perspektivische Akademisierung sollen durchgesetzt werden**
- **Befugnisse der Heilberufe sollen ausgeweitet werden**, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten (z.B. bei Therapeuten, Pflegekräften, medizinischen Fachangestellten)
- Pflegeeinrichtungen sollen konsequent in öffentliche oder gemeinnützige Trägerschaft überführt werden